

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	V
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XIII
<b>I. Einleitung</b> .....	1
A. Hintergründe zur Themenwahl .....	1
B. Zielsetzung der Arbeit .....	3
C. Aufbau der Arbeit und Themenabgrenzung .....	4
<b>II. Einkommensbegriff und objektives Nettoprinzip</b> .....	7
A. Die finanzwissenschaftlichen Grundlagen des objektiven Netto- prinzips .....	7
1. Einleitende Bemerkungen .....	7
2. Einkommensverwendungsorientierte Theorien .....	9
3. Reinvermögenszugangstheorie .....	14
4. Quellentheorie .....	17
5. Markteinkommenstheorie .....	18
6. Aus den finanzwissenschaftlichen Theorien zu gewinnende Erkennt- nisse .....	19
B. Der Einkommensbegriff in den historischen Einkommensteuer- gesetzen .....	20
1. Der Einkommensbegriff in den österreichischen Steuergesetzen bis 1938 .....	20
(a) Personalsteuergesetz (PersStG) 1896 .....	20
(b) Reformen und Schicksal des Personalsteuergesetzes (PersStG) .....	22
2. Die Entwicklung des Einkommensbegriffs in Deutschland bis 1938 .....	23
(a) Reichseinkommensteuergesetz 1920 .....	23
(b) Das dEStG 1925 .....	24
(c) Das dEStG 1934 .....	26
3. Die Entwicklung seit 1945 .....	27
4. Aus der Rechtsentwicklung zu gewinnende Erkenntnisse .....	27
<b>III. Die gesetzliche Verankerung des objektiven Nettoprinzips</b> .....	31
A. Grundlegende Verankerung mit § 2 Abs 4 EStG .....	31
B. Abzugsfähigkeit von Aufwendungen und Ausgaben im Zusammenhang mit steuerpflichtigen Einkünften .....	33
1. Begriff der Aufwendungen und Ausgaben .....	33
2. Abzugsfähigkeit .....	37
(a) Abzugsfähigkeit von Betriebsausgabengem § 4 EStG .....	37
(b) Abzugsfähigkeit von Werbungskosten gem § 16 EStG .....	39

3. Der Zusammenhang zwischen Betriebsausgaben/Werbungskosten und der Einkünfteerzielung .....	39
(a) Zusammenhang mit der Einkünfteerzielung .....	39
(b) Gleicher „Grad des Zusammenhangs“ bei Betriebsausgaben und Werbungskosten .....	40
(c) Der „Grad des Zusammenhangs“: Die Veranlassung durch die Einkünfteerzielung .....	42
C. Nicht-Abzugsfähigkeit von privaten Aufwendungen oder Ausgaben .....	45
1. Nicht-Abzugsfähigkeit der Einkommensverwendung .....	45
2. Die Bedeutung von § 20 Abs 1 Z 1 EStG für die Verankerung des objektiven Nettoprinzips .....	48
(a) Historische Analyse der Bedeutung von § 20 Abs 1 Z 1 EStG .....	48
(b) Die Bedeutung von § 20 Abs 1 Z 1 und Z 2 lit a Halbsatz 1 EStG angesichts des geltenden Betriebsausgaben- und Werbungskosten-Verständnisses .....	49
D. Nicht-Abzugsfähigkeit von Aufwendungen und Ausgaben im Zusammenhang mit nicht steuerpflichtigen Einnahmen und Erträgen .....	51
1. Abzugsverbot für Aufwendungen oder Ausgaben im Zusammenhang mit nicht steuerpflichtigen Einnahmen .....	51
2. Unmittelbarer wirtschaftlicher Zusammenhang mit nicht steuerpflichtigen Einnahmen .....	52
3. Die Bedeutung von § 20 Abs 2 TS 1 EStG für die Verankerung des objektiven Nettoprinzips .....	53
E. Die gesetzliche Verankerung des objektiven Nettoprinzips im KStG .....	55
1. Abzugsfähigkeit von Aufwendungen und Ausgaben im Zusammenhang mit steuerpflichtigen Einkünften im KStG .....	55
2. Nicht-Abzugsfähigkeit von privaten Aufwendungen oder Ausgaben im KStG .....	56
(a) Die private Sphäre von Kapitalgesellschaften .....	56
(b) Nicht-Abzugsfähigkeit der Einkommensverwendung .....	57
(i) § 8 Abs 2 und Abs 3 KStG .....	57
(ii) § 12 Abs 1 Z 1 KStG .....	60
3. Nicht-Abzugsfähigkeit von Aufwendungen und Ausgaben im Zusammenhang mit nicht steuerpflichtigen Einnahmen im KStG .....	61
(a) Abzugsverbote für Aufwendungen oder Ausgaben im Zusammenhang mit nicht steuerpflichtigen Einnahmen und Erträgen .....	61
(b) § 11 Abs 2 KStG .....	62
(c) § 12 Abs 2 TS 1 KStG .....	63

<b>IV. Die verfassungs- und unionsrechtliche Bedeutung des objektiven Nettoprinzips</b>	65
A. Einleitung	65
B. Keine verfassungsrechtliche Bedeutung des objektiven Nettoprinzips als einfachgesetzliches Rechtsprinzip	66
C. Verfassungsrechtliche Ansatzpunkte für die Ableitung des objektiven Nettoprinzips als Verfassungsprinzip	68
D. Das objektive Nettoprinzip in der Grundrechtsprüfung	72
1. Grundrecht auf Unverletzlichkeit des Eigentums	72
(a) Verfassungsgesetzliche Vorgaben	72
(b) Steuern und Abgaben im Anwendungsbereich des Grundrechts	72
(c) Das objektive Nettoprinzip und das Grundrecht auf Unverletzlichkeit des Eigentums	75
2. Erwerbsfreiheit	76
3. Gleichheitssatz	77
(a) Verfassungsgesetzliche Vorgaben	77
(b) Das objektive Nettoprinzip in der Rsp des VfGH zum Gleichheitssatz	80
(i) Das objektive Nettoprinzip in der vergleichenden Gleichheitsprüfung	80
(ii) Das objektive Nettoprinzip in der vergleichsfreien Gleichheitsprüfung	82
(iii) Das Erkenntnis zu den „Managergehältern“	84
(c) Dogmatische Begründung des objektiven Nettoprinzips als Maßstab für den Gleichheitssatz	87
(d) (Begrenzte) Bedeutung des objektiven Nettoprinzips in der Gleichheitsprüfung	92
E. Unionsrechtliche Vorgaben	94
<b>V. Durchbrechungen des objektiven Nettoprinzips im Rahmen der synthetischen Einkommensermittlung</b>	97
A. Einleitung	97
B. Gemischte Aufwendungen oder Ausgaben	97
1. Die „Achillesferse des objektiven Nettoprinzips“	97
2. § 20 Abs 1 Z 2 lit a EStG: Mischaufwendungen	98
3. Luxusgüter	101
(a) § 20 Abs 1 Z 2 lit b EStG	101
(b) § 12 Abs 1 Z 2 KStG	103
4. § 20 Abs 1 Z 2 lit c EStG: Reisekosten	106
5. § 20 Abs 1 Z 2 lit d EStG: Häusliches Arbeitszimmer	106

6. § 20 Abs 1 Z 2 lit e EStG: Familienheimfahrten .....	109
7. Abzugsverbot für Repräsentationsaufwendungen .....	110
(a) § 20 Abs 1 Z 3 EStG .....	110
(b) § 12 Abs 1 Z 3 KStG .....	113
C. Abzugsverbot für freiwillige Zuwendungen .....	114
1. § 20 Abs 1 Z 4 EStG .....	114
2. § 12 Abs 1 Z 5 KStG .....	115
D. Abzugsverbot für Schmier- und Bestechungsgelder und Strafen .....	116
1. § 20 Abs 1 Z 5 EStG .....	116
(a) Schmier- und Bestechungsgelder .....	116
(b) Strafen .....	118
2. § 12 Abs 1 Z 4 KStG .....	123
E. Abzugsverbot für Steuern .....	124
1. § 20 Abs 1 Z 6 EStG .....	124
(a) Einkommensteuer .....	124
(b) Sonstige Personensteuern .....	126
(c) Steuern im Zusammenhang mit einer unentgeltlichen Grundstücks- übertragung .....	127
(d) Umsatzsteuer für Eigenverbrauch .....	130
2. § 12 Abs 1 Z 6 KStG .....	131
F. Abzugsverbot für „Managergehälter“ und „Golden Handshakes“ .....	134
1. § 20 Abs 1 Z 7 EStG: „Managergehälter“ .....	134
2. § 20 Abs 1 Z 8 EStG: „Golden Handshakes“ .....	135
3. § 12 Abs 1 Z 8 KStG .....	138
G. Abzugsverbot für Baraufwendungen für Bauleistungen über 500 Euro .....	138
H. § 12 Abs 1 Z 7 KStG: Abzugsverbot für Aufsichtsratsvergütungen .....	139
I. Objektives Nettoprinzip und Konzerne .....	141
1. Konzernstrukturen und Zinsaufwendungen .....	141
2. § 12 Abs 1 Z 9 KStG .....	143
3. § 12 Abs 1 Z 10 KStG .....	146
<b>VI. Die Bruttobesteuerung in der Schedule .....</b>	<b>149</b>
A. Zur Schedulenbesteuerung .....	149
B. Die Bruttobesteuerung in der Schedule bei Einkünften aus Kapital- vermögen .....	149
1. Von einer besonderen Erhebungsform zur Bruttobesteuerung in der Schedule .....	149
(a) Die Kapitalertragsteuer (KESt) als besondere Erhebungsform .....	149
(b) Die KESt nach der Reform 1993 .....	153
2. Die geltende Rechtslage seit dem BBG 2011 .....	154

3. Die Bruttobesteuerung von Einkünften aus Kapitalvermögen im Detail .....	156
(a) § 27a Abs 3 EStG .....	156
(b) § 20 Abs 2 TS 2 EStG .....	158
(i) Entwicklung und Funktion von § 20 Abs 2 TS 2 EStG .....	158
(ii) Anwendungsbereich .....	160
(iii) Unmittelbarer wirtschaftlicher Zusammenhang .....	161
(c) Bruttobesteuerung und die Regelbesteuerungsoption gem § 27a Abs 5 EStG .....	162
(d) Anschaffungsnebenkosten .....	164
4. Verfassungsrechtliche Absicherung der Bruttobesteuerung mit dem Endbesteuerungsgesetz (EndBG) .....	165
(a) Wirkung des EndBG .....	165
(b) Anwendungsbereich des EndBG .....	167
(c) Bruttobesteuerung gem § 2 EndBG .....	169
(d) Bruttobesteuerung von Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen und Derivaten .....	170
(e) Bruttobesteuerung im Fall der Regelbesteuerungsoption? .....	173
C. Die Bruttobesteuerung in der Schedule bei Einkünften aus Grundstücksveräußerungen .....	177
1. Vom Spekulationstatbestand zur Bruttobesteuerung in der Schedule: Die geltende Rechtslage seit dem 1. StabG 2012 .....	177
2. Die Bruttobesteuerung von Einkünften aus Grundstücksveräußerungen im Detail .....	179
(a) § 4 Abs 3a und § 30 Abs 3 EStG .....	179
(b) § 20 Abs 2 TS 3 EStG .....	180
(i) Entwicklung von § 20 Abs 2 TS 3 EStG .....	180
(ii) Anwendungsbereich .....	181
(c) Bruttobesteuerung und die Regelbesteuerungsoption gem § 30a Abs 2 EStG .....	182
3. Verfassungsrechtliche Überlegungen und kritische Würdigung der Bruttobesteuerung von Einkünften aus Grundstücksveräußerungen .....	184
D. Bruttobesteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen und Immobilienveräußerung im KStG .....	187
1. Allgemeines zur Besteuerung von Einkünften aus Kapitalvermögen und Grundstücksveräußerungen bei Körperschaften .....	187
2. § 7 Abs 3 KStG-Körperschaften .....	187
3. Körperschaften außerhalb des § 7 Abs 3 KStG .....	189

(a) Bruttobesteuerung im außerbetrieblichen Bereich .....	189
(b) Bruttobesteuerung im betrieblichen Bereich? .....	191
(i) Bruttobesteuerung der betrieblichen Einkünfte aus Kapitalver- mögen gem § 12 Abs 2 TS 2 KStG .....	191
(ii) Bruttobesteuerung der betrieblichen Einkünfte aus Grundstücks- veräußerung gem § 12 Abs 2 TS 3 KStG .....	193
<b>VII. Conclusio</b> .....	195
A. Inhalt des objektiven Nettoprinzips .....	195
B. Grenzen des objektiven Nettoprinzips .....	196
C. Zustand des objektiven Nettoprinzips .....	197
D. Bedeutung des objektiven Nettoprinzips .....	199
<b>VIII. Quellenverzeichnis</b> .....	201
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	225